Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte, Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski. —

Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère. John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 219. [37. Jahrgang.] Berlin, Sonntag den 18. September 1898. [37. Jahrgang.] Nr. 219.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **4 Mark, für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition, Wilhelmstraße 32**, Abonnements zum Preise von **4 Mark** vierteljährlich, sowie die **Post-Expeditionen** von **4 Mark 40 Pf.** inkl. Bestellgebühr entgegen. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitig Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung;** unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden.

Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.

Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.

Abonnements-Einladung.

Die „**Norddeutsche Allgemeine Zeitung**" erscheint, zum Preise von 4 Mark vierteljährlich, in einer großen einmaligen Ausgabe des Abends, die in der parlamentarischen Zeit durch eine getrennte, den Berliner Abonnenten Morgens zuzustellende Ausgabe der ausführlichen Parlamentsberichte ergänzt wird. Am Sonntag Morgen wird regelmäßig eine Nummer ausgegeben.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ist das **am zuverlässigsten** über die Ereignisse der **auswärtigen Politik orientirende** Organ der deutschen Presse. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" unterrichtet, **gestützt auf die besten Informationen,** rasch, gewissenhaft und erschöpfend über alle wissenswerthen Dinge auf dem Gebiete der **inneren Politik,** über wirthschaftliche und soziale Vorgänge, über Marine und Kolonialangelegenheiten und ist als **besonders maßgebend** anerkannt in der Behandlung aller **militairischen** Fragen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" steht **außerhalb jeder Partei,** hält sich **völlig unbeeinflußt von jedwedem Fraktionsgeiste** und verfolgt keine anderen als **nationale Interessen.**

Dem belletristischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Stoff wird in einer eigenen, **täglichen Beilage** besondere Pflege und erhöhte Berücksichtigung auch ferner gewidmet. Zudem haben wir, um vielfachen Wünschen unseres Leserkreises zu entsprechen, eine „**Sportzeitung**" eingerichtet, die sich mit sämmtlichen Zweigen des Sports in fachmännischer Weise beschäftigt.

Die amtlichen Publikationen des hiesigen **Königlichen Polizeipräsidiums** erfolgen mit rechtsverbindlicher Kraft ausschließlich durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung".

Die Abonnements- und Insertionsbedingungen sind am Kopf des Blattes mitgetheilt.

Zum bevorstehenden Quartalswechsel ersuchen wir um rechtzeitiges Abonnement, zur Verhütung sonst eintretender Unregelmäßigkeiten im Eintreffen der Zeitung.

Berlin, den 17. September.

Politischer Tagesbericht.

Der Minister des Innern hat, laut amtlicher Bekanntmachung, für die **Wahlen** zur neunzehnten Legislaturperiode des Hauses der Abgeordneten die Wahl der Wahlmänner auf den 27. Oktober d. J. und die Wahl der Abgeordneten auf den 3. November d. J. festgesetzt.

Wie sehr die Sozialdemokratie stets geneigt ist, an Stelle der wirklichen Arbeiter **die berufsmäßigen Agitatoren** in den Vordergrund zu stellen, zeigt wieder die Klage des Parteiorgans darüber, daß zu den Vernehmungen vor der Reichskommission für Arbeiterstatistik über das Gastwirthsgewerbe aus den Kreisen der Arbeiter nur wirkliche Kellner und nicht sozialdemokratische Berufsagitatoren zugelassen werden sollen. Der Sozialdemokratie liegt viel daran, daß überall, wo Arbeitnehmer gehört werden, diese Aussagen machen, welche sich mit den von der Parteileitung ausgegebenen Ansichten völlig decken. Selbstständige Anschauungen der Arbeitnehmer sind ihr verhaßt. Der Regierung ist es aber natürlich darum zu thun, über die thatsächlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft im Gastwirthsgewerbe, und zwar, wie sie gegenwärtig vorhanden sind, Aufschluß zu erhalten. Deshalb mußte sie der Entsendung von sozialdemokratischen Agitatoren, selbst wenn diese früher Kellner gewesen sein und die Verhältnisse im Gastwirthsgewerbe aus früherer Beschäftigung kennen sollten, vorbeugen. Man wird gut thun, dieser Frage überhaupt auch für die Folge Wichtigkeit beizumessen. Ueberläßt man ohne Weiteres den Fachvereinen die Entsendung von Sachverständigen aus der Arbeitnehmerschaft zu irgendwelchen Vernehmungen, so kann man sicher sein, daß Leute entsandt werden, die zu einem auch nur annähernd objektiven Urtheile überhaupt nicht mehr fähig sind, sondern lediglich nachbeten, was ihnen von Seiten der Führer vorgesagt ist. Die Aeußerungen solcher Leute haben für die Beurtheilung der thatsächlichen Verhältnisse gar keinen Werth. Man wird sich deshalb in der Folge überall dagegen sichern müssen, daß sie zu solchen Vernehmungen herangezogen werden.

Das „Amts-Blatt des Reichs-Postamts" veröffentlicht folgenden **Erlaß:**

Berlin, 15. September 1898.

Die Wochenschrift „Deutscher Postbote", die von einem aus dem Dienste entlassenen Postassistenten herausgegeben wird, hat mehr und mehr eine Haltung angenommen, die geeignet ist, bei den Unterbeamten das Vertrauen zu den Vorgesetzten zu erschüttern und Unzufriedenheit mit dem gewählten Lebensberufe zu erregen. Unter der Angabe, die Interessen der Unterbeamten zu vertreten, reizt sie diese zu einem agitatorischen Vorgehen gegen die Verwaltung auf. Eins der Hauptziele meiner Amtsthätigkeit ist es, für das Wohl meiner Untergebenen zu wirken. Dafür beanspruche ich aber auch volles Vertrauen zu mir und zu meiner Verwaltung und Fernhalten von den durch den „Deutschen Postboten" angeregten Bestrebungen, die in keiner Weise geeignet sind, den Unterbeamten die Erfüllung ihrer Wünsche zu bringen. Ich sehe mich deshalb veranlaßt, vor dem „Deutschen Postboten" ausdrücklich zu warnen, und hoffe, daß die Unterbeamten sich fernerhin der Unterstützung jenes Blattes enthalten werden. Das Lesen eines Fachblattes, das den Unterbeamtenstand berührende Fragen in sachgemäßer und nicht verhetzender Weise erörtert, soll selbstverständlich keinem Unterbeamten verwehrt sein. Dieser Erlaß ist durch die Vorsteher der Verkehrsanstalten persönlich sämmtlichen Unterbeamten gegen Anerkenntniß bekannt zu geben.

v. Podbielski.

Der **Wahlaufruf** der Freisinnigen Volkspartei sagt betreffs der preußischen Staatsbahnen Folgendes:

„Die Entwicklung des Eisenbahnwesens hat die auf die Verstaatlichung gesetzten Hoffnungen durchweg nicht erfüllt, dagegen viele der daran geknüpften Befürchtungen bewahrheitet. Trotz der großen Ueberschüsse der Staatsbahnen unterbleiben durchgreifende Tarifreformen. Die Eigensucht einzelner Produzentengruppen verbindet sich mit den fiskalischen Interessenten, um die Verwohlfeilerung des Güterverkehrs zu verhindern. Die Konservativen insbesondere stemmen sich gegen die Herabsetzung der Personentarife, um den minder bemittelten Klassen den Verkehr zu erschweren, insbesondere auch die Freizügigkeit einzuschränken.

Die Häufung von Eisenbahnunfällen in der letzten Zeit hat einerseits unzureichende Personalverhältnisse im Betrieb dargethan, andererseits erneut auf das Unzulängliche vieler Verkehrsanlagen gegenüber den gesteigerten Anforderungen der Neuzeit hingewiesen. Zur Erleichterung des Verkehrs werden allerdings gegenwärtig große Kanalbauten geplant, aber die Konservativen gehen darauf aus, im agrarischen Sonderinteresse solche neuen Verkehrsverbindungen ganz zu verhindern, oder doch in ihrer Benutzung zu erschweren."

Die „Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen" schreibt dazu:

Die einleitende Bemerkung, daß die Entwicklung des Eisenbahnwesens die auf die Verstaatlichung gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt habe, kann sich nur auf die Hoffnungen der freisinnigen Partei beziehen. Von anderer Seite ist gerade neuerdings wiederholt und in entschiedener Weise anerkannt worden, daß die Verstaatlichung der preußischen Eisenbahnen die an sie geknüpften Hoffnungen voll verwirklicht habe.

In Betreff des Tarifwesens vermissen wir die Bezugnahme darauf, daß zur Zeit thatsächlich eine Regulirung der Personentarife im Gange ist, und daß außerdem die Stückguttarife in allernächster Zeit eine ganz erhebliche Ermäßigung erfahren werden. Daß diese Ermäßigung durch die Eigensucht einzelner Interessentengruppen beinahe verhindert worden wäre, trifft zu; der Vollständigkeit halber aber hätte noch gesagt werden müssen, daß es gerade die Blätter freisinniger Richtung waren, die sich zu Vertretern jener Sonderinteressen machten.

Die Bemerkungen über die „Häufung der Eisenbahnunfälle in der letzten Zeit" scheinen aus den vorjährigen Beständen zu stammen.

Die Aufmerksamkeit im Sudan-Feldzuge ist jetzt auf **Faschoda,** südlich von Omdurman-Khartum, am Weißen Nil gelegen, gerichtet, da man als unzweifelhaft anzunehmen scheint, daß der Führer der französischen Expedition, Marchand, in Faschoda die französische Flagge gehißt hat. Neuere Depeschen besagen:

Kairo, 16. September. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) General Grenfell, Oberbefehlshaber der englischen Besatzungsarmee in Egypten, begiebt sich heute Nacht nach Omdurman; derselbe erhielt Befehl, mit Kitchener nach dessen Rückkehr von Faschoda über gewisse Punkte zu verhandeln.

London, 17. September. Die „Morning Post" meldet aus Kairo: Der Sirdar hat uneingeschränkte Vollmacht, Faschoda als egyptisches Gebiet in Anspruch zu nehmen; wenn nöthig, soll Gewalt angewendet werden, um die gegenwärtige Besatzung des Platzes zu vertreiben. — Nach einer Depesche des „Daily Telegraph" aus Kairo gedenkt der Sirdar ein Ultimatum zu stellen, in welchem er Marchand auffordert, Faschoda sofort zu räumen. Wenn hierauf die Franzosen feuern, soll das Feuer erwidert und Faschoda mit Gewalt genommen werden.

Man darf, trotz der obigen bestimmt lautenden Zeitungsmeldung, die Hoffnung nicht aufgeben, daß, wie bei früheren englisch-französischen Streitfällen kolonialer Natur, auch in diesem ein schließlicher Ausgleich gefunden werden wird.

Faschoda verdankt als „Stadt" seine Begründung den Egyptern. Das am linken Ufer des Weißen Nil gelegene Dorf gleichen Namens, das von den den Fluß befahrenden Nubiern wegen seiner Länge Denab, „der Schweif", genannt wurde, war der Sitz des Häuptlings der diese Gegend bewohnenden Schillukneger. Nachdem die Egypter 1864 die Schilluk unterworfen hatten, entwickelte sich Faschoda seit 1867 zur Gouvernementsstadt (Sitz des Obermudirs) mit einem als südliche Grenzfestung dienenden Fort. Dieses, in welchem sich die Regierungsgebäude, der Diwan, die Amtswohnung des Mudirs, die Kasernen, das Hospital u. s. w. befanden, lag mit einer Seite der Umfassungsmauer ziemlich hart am Nilufer, während das ausgedehnte Schillukdorf etwa 2 Kilom. nördlich landeinwärts lag. Da sich einige griechische und italienische Händler in Faschoda angesiedelt hatten, bot sich dort dem weiter nach dem Süden Reisenden die letzte Gelegenheit, europäische Waaren zu erwerben. Im Uebrigen benutzte die Regierung das durch sein Fieberklima berüchtigte Faschoda als Verbannungsort für schwere Verbrecher und politisch unbequeme Unterthanen. „Alt ist keiner der hierher Deportirten geworden", schreibt Dr. Junker, „und selbst die Stellung des Mudirs von Faschoda galt in Khartum einer Strafe gleich." Bei dem Aufstand des Mahdi 1884 wurde der Platz von den Egyptern geräumt und fast von allen Schilluk verlassen.

In Gennetines, Dep. Allier, hat gestern der Schluß der großen **französischen Manöver** stattgefunden, wobei es, unter dem Eindrucke der letzten Ereignisse in Frankreich, nicht ohne einen Zwischenfall abgegangen ist; es wird berichtet:

Präsident Faure hielt heute die Schlußparade über die im Manöver befindlichen Truppen ab. Der Präsident saß in einem sechsspännigen Landauer, dahinter ritten der Herzog von Connaught und der Generalstab. Nachdem der Präsident die Front der Truppen entlang gefahren war, nahm er die Vertheilung der Ordensauszeichnungen vor; der dänische General Dalberg erhielt das Kommandeurkreuz des Ordens der Ehrenlegion. Hierauf nahm Faure mit dem Herzog von Connaught Platz auf der Tribüne, und es begann der Vorbeimarsch der Truppen. Während des letzteren ereignete sich ein Zwischenfall. Der sozialistische Deputirte Breton, Vertreter des Departements Cher, nahm, als eine Fahne vorüberkam, nicht den Hut ab und weigerte sich auch, es zu thun, als ihn mehrere Journalisten dazu aufforderten. Die herumstehende Volksmenge gerieth in Aufregung; man rief: „Nieder mit den Juden, nieder mit Dreyfus! Hoch die Armee!" Breton wurde gestoßen und mußte sich flüchten. Die Parade endete um Mittag mit einer Kavallerieattacke, von der jedoch des Staubes wegen nichts zu erkennen war.

Präsident Faure fuhr sodann mit dem Herzog von Connaught nach dem Gebäude der Ackerbauschule, wo er den Oberoffizieren und den ausländischen Gästen ein Festmahl gab. General Négrier brachte bei dem Banket den Toast auf den Präsidenten Faure aus und erklärte: „Niemals haben die Führer des Heeres mehr Achtung vor den Gesetzen gehabt als jetzt; niemals sind sie einiger und bereiter gewesen, Einer für den Anderen einzutreten, niemals hatten wir mehr Vertrauen zu den Truppen, und die Truppen erwidern das Vertrauen." Nach dem Toast des Generals Négrier erhob sich Präsident Faure. Er dankte zunächst dem Herzog von Connaught für seine Theilnahme an den Manövern und richtete an denselben seine besten Wünsche für das Wohlergehen der Königin Victoria. Er dankte sodann den fremdländischen Offizieren für deren Erscheinen und fuhr fort: „Die diesjährigen Manöver haben die ausgezeichnete technische Ausbildung sowie die Hingabe der Offiziere und die Disziplin und den Diensteifer der Soldaten bewiesen." Nach Dankesworten an den General Négrier, als den Leiter der Manöver, schloß der Präsident: „Durch diese gelegentlichen Proben wird das Band zwischen Volk und Armee immer inniger. Indem ich mich hier an die Armee wende, spreche ich zu der ganzen französischen Nation, den Kindern der großen französischen Familie. Ich sehe sie, wie sie von denselben Gefühlen bewegt sich um die Fahne schaaren zur Wahrung des gemeinsamen Erbes und der Ehre. Diese Einigkeit ist unsere Stärke. Dank derselben hat Frankreich die Ereignisse überwunden, deren Erinnerung nicht aus unserem Gedächtniß schwindet, und dank dieser Einigkeit wird unser geliebtes Vaterland seine Mission in der Welt weiter verfolgen können."

Der Herzog von Connaught dankte dem Präsidenten Faure für seine liebenswürdigen Worte und drückte seine Sympathie für die französische Armee aus, indem er sagte, es bereite ihm ein besonderes Vergnügen, sich als Offizier und Mitglied der königlichen Familie in der Mitte der französischen Kameraden zu befinden; er hoffe, daß stets Sympathie zwischen beiden Armeen bestehen möge. Der Herzog sprach sodann im Namen der fremdherrlichen Offiziere den Dank aus für die erwiesene freundliche Aufnahme, welche Allen in angenehmster Erinnerung bleiben werde. Die Musik spielte darauf die englische und die russische Hymne.

Gestern Abend sind Präsident Faure und der Herzog von Connaught von den Manövern wieder in Paris eingetroffen.

In Sachen **Dreyfus** wird dem auf heute (Sonnabend) anberaumten **französischen Ministerrathe** — Herr Faure ist inzwischen von den Manövern zurückgekehrt — eine entscheidende Bedeutung beigemessen. Die Pariser Blätter stellen bereits ihre Kombinationen an, deren Zuverlässigkeit sich natürlich nicht verbürgen läßt; so enthält (laut Pariser Privatdepeschen) der „Rappel" vom 16. September folgende Darstellung:

„Sarrien, der das Studium des Dossiers beendete, wird im Ministerrath ein längeres Exposé vorlegen, in dem ausgeführt wird, daß die Revision des Dreyfus-Prozesses aus rechtlichen Gründen geboten ist. Unter den Gründen macht Sarrien in erster Linie geltend, daß Cavaignac selbst durch neue Schreib-Experten das Bordereau prüfen ließ und nach dem Gutachten der Experten vor den Ministern erklärte, die Urheberschaft des Dreyfus am Bordereau sei nicht aufrechtzuerhalten. Da jedoch das Bordereau der einzige in den Prozeßakten enthaltene Beweis für die Schuld von Dreyfus ist, so sei ein neues Faktum gegeben, das die Revision bedinge. Außer dem Bordereau beruft Sarrien sich auch auf das Geständniß Henrys, doch ist heute von der Illegalität des Vorgehens Merciers nicht mehr die Rede. Zurlinden widerstand den Versuchen Sarriens, ihn zur Zustimmung zur Revision unter den obigen Umständen zu bewegen. Er giebt morgen offiziell seine Demission und dürfte sofort durch Brisson selbst ersetzt werden, der das Innere an den Unterstaatssekretair Vallé abgiebt. Man erwartet, daß die Entscheidung sich rasch vollzieht, und im Justizministerium sind bereits alle Vorkehrungen getroffen, die Revisionskommission, wovon zwei Mitglieder im Urlaub abwesend sind, sofort einzuberufen. Der morgige Ministerrath ist auf halb 10 Uhr einberufen, trotz des Trauergottesdienstes in der österreichisch-ungarischen Botschaft. Sollte die Berathung um 11 Uhr nicht beendet sein, so folgt wahrscheinlich am Nachmittag der Schluß derselben."

An sonstigen Pariser Preßauslassungen sind nachstehende zu verzeichnen, die sich zum Theil mit den obigen Angaben decken bezw. sie ergänzen:

Die „Droits de l'homme" schreiben: „Wir wissen aus bestimmter Quelle, daß die Revision beschlossen ist, und daß bereits ein Anfang zur Ausführung gemacht ist. Heute fand eine Sitzung des Ministerraths statt, in welcher diese Frage endgültig entschieden wurde. Der morgige Ministerrath wird nur wenige Minuten dauern und sich nur mit der Lösung einiger Nebenfragen zu beschäftigen haben. Brisson wird das Kriegsministerium übernehmen, das General Zurlinden aufgiebt, und Vallé, Unterstaatssekretair des Innern, wird Brisson in diesem Ministerium nachfolgen." Dasselbe Blatt meldet, die Ueberzeugung Sarriens von der Nothwendigkeit der Revision beruhe auf Thatsachen von durchschlagender Wichtigkeit. Es glaubt sogar voraussagen zu können, daß der Prozeß von 1894 kassirt werden wird, nicht bloß wegen Formfehler, sondern auch wegen verbrecherischer Haltung der Richter. Bei dieser Möglichkeit einer persönlichen Kassirung waren die verschiedenen Ministerien bisher vor der Revision zurückgeschreckt. Man könne, sagt das Blatt noch, den Richtern von 1894 mildernde Umstände zubilligen, allein General Mercier werde sich vor dem höchsten Gerichtshof, dem Senat, zu verantworten haben. — Gegenüber der Forderung einiger Abgeordneten, die Kammer einzuberufen, führt der „Temps" auf Grund eines früheren Falles aus, daß die Kammer nicht das Recht habe, sich in eine der Justiz anheimfallende Frage zu mischen. In jenem Falle hat die Kammer selbst erklärt, daß eine solche Einmischung eine Verletzung des verfassungsmäßigen Grundsatzes von der Trennung der Gewalten bedeuten würde. — Der „Gaulois" sagt bei der Erwähnung der bevorstehenden Verhaftung eines Offiziers, es handle sich um einen jetzt im Osten in Garnison stehenden Oberst, der den Richtern Dreyfus' die Schriftstücke gebracht habe, die der Vertheidigung nicht mitgetheilt wurden und zur Verurtheilung Dreyfus' führten.

* * *

Von heute (Sonnaben) Mittag wird aus Paris depeschirt: Mehrere Blätter melden gerüchtweise, der Handelsminister und der Arbeitsminister beabsichtigten, gleich dem Kriegsminister zu demissioniren und hierdurch eine Krise des gesammten Kabinets herbeizuführen. Die Mehrzahl der Blätter hält das Gerücht jedoch für unbegründet; übrigens habe der Ministerpräsident Brisson für alle Eventualitäten Vorsorge getroffen, um den Ausbruch einer Krise zu verhindern. Dem „Figaro" zufolge hat Brisson für das Portefeuille des Krieges bereits die Zusage eines Generals erhalten, dessen Ernennung noch heute stattfinden werde.

Nach einer Depesche des „Wiener k. k. Telegraphen-Correspondenz-Bureaus" verlautet in Konstantinopel, der türkische Botschafter in Petersburg sei angewiesen worden, auf den **Abrüstungsvorschlag** des Kaisers von Rußland zu antworten, die **Pforte** müsse in Folge des letzten Krieges ihre Rüstungen ergänzen; die Instandhaltung der gegenwärtigen Wehrkraft entspreche dem weit ausgedehnten Staatsgebiete und diene zur Aufrechterhaltung des status quo; die Pforte sei zwar bereit, an der Konferenz theilzunehmen, wünsche jedoch deren Programm zu kennen.

Nach Meldungen aus **Kandia,** die über Konstantinopel kommen, ist die Einführung des Zehntenbureaus und die englischerseits verlangte Demolirung der Häuser, aus welchen auf die Engländer geschossen wurde, bereits durchgeführt. Dagegen ist die Auslieferung der Urheber der Unruhen noch nicht erfolgt. Der Termin zur Erfüllung dieser und der dritten von den Engländern gestellten Bedingung lief gestern (Freitag) ab. Inzwischen sind von Odessa 1000 Mann abgegangen, wovon 400 zur Ergänzung zweier bereits in Kandia befindlichen Bataillone bestimmt sind. Gegenwärtig sind in Kandia 2300 Engländer, je 2000 Franzosen und Italiener und 7 zum Schutz der Flagge gelandete Russen.

Nach einem Telegramm des „Standard" aus Kandia hat Admiral Noël die Entwaffnung der Muhammedaner binnen drei Tagen verlangt, dagegen versprochen, daß er deren Sicherheit garantire. Gestern wiederholte der Admiral schriftlich seine Aufforderung betreffend Auslieferung der Waffen der Muselmanen.

Vorgestern richtete die **Pforte** erneut eine lange **Zirkulardepesche** an die türkischen Botschafter in London, St. Petersburg, Paris und Rom, worin die Herbeiführung einer Verständigung behufs Einleitung einer gemeinsamen Aktion seitens der Admirale und der türkischen Truppen auf Kreta verlangt wird.

Zu dem **argentinisch-chilenischen Grenzstreitfalle** betont eine Meldung des „Reuterschen Bureaus" aus Buenos-Ayres: Die Kammer votirte der Regierung das Vertrauen und ermächtigte sie, sobald sie es für zweckmäßig erachtet, 80 000 Mann zu mobilisiren. Die Aussichten auf friedliche Beilegung des Streites mit Chile werden indessen immer günstiger.

Aus **Pretoria** berichtet ein Telegramm des „Reuterschen Bureaus" vom 15. September: Der Zweite Raad genehmigte heute in erster Lesung den § 140 des Amendirten **Goldgesetzes.** Der Paragraph lautet: „Wenn die Regierung es für das öffentliche Wohl unzuträglich erachtet, daß die Arbeit in den Bergwerken weiter suspendirt wird, so kann sie den Eigenthümern die Anweisung geben, die Operationen wieder zu beginnen. Thun sie es nicht, so hat die Regierung das Recht, ihnen die Konzession, Minenpacht oder Erlaubniß zu entziehen, ohne daß der obligate Besitzer dadurch berührt wird." Die Bergwerksindustriellen meinen, die Gesellschaften sollten das Recht haben, die Regierung bei Anwendung des Paragraphen zur Angabe der Gründe zu nöthigen. Dem Reuterschen Berichterstatter wird amtlich mitgetheilt, daß der Paragraph nur in besonders drastischen Fällen angewandt werden soll. Er ist dem Bergwerksgesetz der australischen Kolonie Victoria und Niederländisch-Indiens entnommen. Er richtet sich namentlich gegen den Fall, daß die Gesellschaften sich vereinigen und zu politischen Zwecken mit einem Male die Arbeit einstellen lassen. Der Staatsanwalt, welcher den Paragraphen im Volksraad vertheidigte, erklärte, daß eine Gesellschaft, und zwar eine der besseren, im Laufe dieses Jahres mit einer solchen Schließung ihrer Gruben gedroht habe. Nur die Gewalt der öffentlichen Meinung habe sie davon abgehalten.

Kleinere Nachrichten. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben vom 15. d., wonach das bisherige Präsidium des **österreichischen Herrenhauses** für die Dauer der nächsten Session des Reichsraths wiederernannt wird. — Der „Standard" in Dover meldet, daß das Parlamentsmitglied für Dover, George **Wyndham,** zum Parlamentsuntersekretair des Auswärtigen ernannt worden ist. — Aus **Vigo** in Spanien wird berichtet: Donnerstag Nachmittag zog ein **Volkshaufe** vor die Wohnung des Generals Toral und verlangte sofortige Ausschiffung der von Kuba gekommenen spanischen Soldaten. Dann zog die Menge zum Hafen, wo der Anblick der an Land kommenden halbnackten Soldaten den Unwillen steigerte. Als General Toral sich an Bord des Dampfers „Leon XIII." begeben hatte, drängten die Manifestanten heran und warfen eine halbe Stunde lang mit Steinen nach dem Schiff. Die Ordnung wurde erst in vorgerückter Abendstunde wieder hergestellt.

Kaiserin Elisabeth †

Wien steht ganz im Banne der Trauerfeier. Wie von gestern dorther gemeldet wird, dauerte der Strom der Wiener Bevölkerung zur Hofburg-Pfarrkirche ungeschwächt den ganzen Tag fort. Als die Kirche um 5 Uhr Nachmittags geschlossen wurde, harrten noch Tausende vor derselben des Einlasses, der ihnen nicht mehr werden konnte. Sehr viele Damen trugen Trauerkleidung, zahlreiche Herren Trauerflor an den Hüten und um den Arm. Die Ordnung wurde keinen Augenblick gestört. Von etwa 8 Ohnmachtsanfällen in Folge des Drängens und der Hitze abgesehen, sind keinerlei Unglücksfälle vorgekommen. — Nachmittags um $5^1/_4$ Uhr erfolgte in feierlichster Weise die Niederlegung von zwei Kränzen der beiden Häuser des ungarischen Reichstages durch deren Präsidenten. Früher waren solche der beiden Häuser des Reichsrathes und der Stadt Wien niedergelegt worden.

Von der feierlichen Einsegnung der Leiche wird noch berichtet: Kaiser Franz Josef kniete nach Beendigung der Einsegnung zu Häupten des Sarges nieder und küßte wiederholt den Sarg. Später richtete der Kaiser an die Gräfin Sztaray die Frage: „Hat Ihre Majestät schwer gelitten?" worauf die Gräfin erwiderte: „Ich glaube nicht, Majestät. Ihre Majestät war bald in tiefe Ohnmacht gefallen und wurde durch den letzten Seufzer bald erlöst."

* * *

Gestern sind bereits zahlreiche Fürstlichkeiten in Wien eingetroffen. Sr. Majestät Kaiser Wilhelm sind zum Ehrendienste zugetheilt: Feldzeugmeister Prinz Lobkowitz, Oberst Ströhr und Flügeladjutant Oberstlieutenant Fürst Dietrichstein. Der Ehrendienst des Königs Albert von Sachsen ist dem General der Kavallerie Freiherrn von Wersebe und dem Flügeladjutanten Oberstlieutenant Freiherrn von Kulmer übertragen. Dem Prinz-Regenten Luitpold sind Feldmarschall-Lieutenant Graf Paar und Oberstlieutenant Stalleger zugetheilt.

Ferner wird von heute Mittag telegraphirt:

Wien, 17. September. Zu den heutigen Trauerfeierlichkeiten trafen in den ersten Morgenstunden ein: der Prinz-Regent von Bayern, der König von Rumänien, Prinz Christian zu Schleswig-Holstein, der Herzog Alfred von Sachsen-Koburg-Gotha und der Großfürst Alexis von Rußland.

Wien, 17. September. Der Staatssekretair des Auswärtigen Amtes, Staatsminister v. Bülow, ist heute früh hier eingetroffen.

Turin, 17. September. Der Prinz von Neapel wird dem Kaiser Franz Josef ein eigenhändiges Schreiben des Königs Humbert überbringen, in welchem derselbe der erhabenen Tugenden der Kaiserin Elisabeth gedenkt und seine sowie der Königin herzlichste Theilnahme erneut zum Ausdruck bringt.

* * *

Ueber die weiteren Maßregeln gegen den Mörder Lucheni und sonstige verdächtige Anarchisten liegen nachstehende Depeschen vor:

Genf, 16. September. Heute wurde Lucheni mit den Kutschern und Schiffern, welche Zeugen der That waren, konfrontirt; die Konfrontation ergab jedoch kein neues Moment für die Untersuchung. Heute Nachmittag wurde einer der verhafteten Anarchisten, der italienische Zimmermann Martinelli, vom Untersuchungsrichter verhört; derselbe bekannte, er habe 14 Tage, bevor er Lausanne verließ, die Feile mit einem Griff versehen. Lucheni habe ihm die Feile übergeben mit der Bitte, den Griff anzufertigen. Bei dem Verhör des Anarchisten Barbetti wurde festgestellt, daß gegen denselben seit drei Monaten ein Verhaftsbefehl wegen Vertrauensmißbrauchs schwebt. Die meisten der verhafteten Anarchisten wurden ausgewiesen, die übrigen wurden in Haft behalten.

Genf, 16. September. Die Sicherheitspolizei verhaftete hier gestern Abend um 11 Uhr einen Italiener Giovanni Silva, der im Verdacht steht, ein Mitschuldiger Luchenis zu sein. Silva soll die Vorgänge bei der Begehung des Verbrechens in allen Einzelheiten wiedergegeben und bezüglich des Mörders bewundernde Aeußerungen gethan haben. Eine telegraphische Meldung aus Budapest besagt, wahrscheinlich habe sich Lucheni einen falschen Namen beigelegt und heiße in Wahrheit Succiati. Lucheni wurde einem Offizier des Regiments, dem er nach seiner Angabe angehörte, gegenübergestellt und theilte ohne Zögern die Namen der Offiziere mit, unter denen er gedient hatte.

Bern, 16. September. Der Bundesrath berieth heute über gegen die Anarchisten zu ergreifende Maßregeln. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.